

Videokonferenz kann von SL erzwungen werden - oder gibt es Möglichkeiten sich zu wehren?

Beitrag von „Moebius“ vom 8. Januar 2021 07:31

Die Schulleitung kann (und sollte) Kriterien aufstellen, wie der Distanzunterricht in der Homelearning-Phase aussehen soll. Dabei kann sie natürlich auch Vorgaben über Videokonferenzen machen. Diese müssen natürlich erfüllbar sein. (Bedeutet zB, wenn ich zuhause kein ausreichendes Netz habe, muss ich die Möglichkeit haben, in die Schule zu fahren und die Konferenz von dort mit einem geeigneten Gerät zu machen.)

Im Rahmen des Fernunterrichtes sind natürlich auch Datenschutzvorgaben zu erfüllen. Ich persönlich kann dabei den Schutz meiner eigenen Daten verlangen. Bedeutet zB, ich muss kein eigenes Gerät verwenden, ich kann den Unterricht so halten, dass mein Gesicht nicht gefilmt wird, etc. .

Ich bin aber nicht der Datenschutzbeauftragte der ganzen Schule, ich bin also nicht dafür zuständig, dass innerhalb eines von der Schulleitung vorgegebenen Konzeptes, der Datenschutz für die Schüler gewährleistet wird. Wenn ich hier Zweifel habe kann ich schriftlich remonstrieren. Das war es aber auch schon. Auf keinen Fall kann ich einfach die Arbeit verweigern, weil ich der Meinung bin, dass irgendwo an der Schule irgendwelche Rechtsvorschriften nicht eingehalten werden. Ich kann mich auch nicht einfach weigern, Präsenzunterricht zu halten, weil ich persönlich glaube, dass im Gebäude Vorschriften zum Brandschutz nicht eingehalten würden.

Ganz davon abgesehen ist der oben genannte Artikel auch untauglich. Er beschreibt die Informationspflicht beim Erheben personenbezogener Daten. Beim Durchführen einer Videokonferenz werden aber keine personenbezogenen Daten erhoben, das ist entweder schon vorher geschehen (wenn man ein Tool des Schulservers benutzt, auf dem die Schüler sowieso registriert sind, hier informieren die Schulen bereits bei der Aufnahme) oder geschieht gar nicht (wenn ein freies Videokonferenztool ohne Anmeldung verwendet wird).